

Stellungnahme des Zentrums für Qualitätssicherung und -entwicklung (ZQ)

zur Reakkreditierung des Studiengangs

Politikwissenschaft (B.A.) (FB 02)

JGU, 05. Mai 2014

1. Vorbemerkungen

An der JGU ist die interne Reakkreditierung von Studiengängen an eine Überprüfung der Qualität des Studiengangs auf den Ebenen der Ziele, Strukturen, Prozesse und Ergebnisse gebunden. Sie entspricht den Regeln des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen und für die Systemakkreditierung in der jeweils geltenden Fassung sowie den Ländergemeinsamen und den rheinland-pfälzischen Länderspezifischen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen.¹

Der Fokus der Betrachtung liegt auf

- den Veränderungen, die seit der Erst- bzw. letzten Reakkreditierung am Studienprogramm vorgenommen wurden;
- den Ergebnissen der studienbegleitenden Qualitätssicherungsverfahren in den Bereichen:
 - Bewertung der Studiensituation mit besonderem Fokus auf der Studieneingangsphase,
 - Beurteilung von dezentralen Informations- und Unterstützungsangeboten,
 - Qualitätsbewertungen von Lehrveranstaltungen,
 - Erfahrungen mit Prüfungen,
 - Workload von Studierenden im Rahmen einzelner Module sowie Gesamtbelastung durch das Studium,
 - Berufseinmündung,
 - Bewertung der im Studium erlangten fachlichen und überfachlichen Kompetenzen;
- der Frage, in welchen Kontexten im Fach (Gremien etc.) die Ergebnisse der Qualitätssicherung bisher diskutiert und ggf. bereits in konkrete Maßnahmen umgesetzt wurden.

Einen weiteren Aspekt bilden die im Rahmen der Erstakkreditierung ausgesprochenen Empfehlungen und deren Umsetzung.

2. Auswertung

Im Folgenden wird auf Basis der Ergebnisse der studienbegleitenden Qualitätssicherung ausgeführt, in welchen Bereichen der Bachelorstudiengang Politikwissenschaft (B.A.) die Qualitätskriterien erfüllt bzw. in welchen ggf. Klärungsbedarf besteht.

Der Antrag auf Weiterführung des Studiengangs beinhaltete folgende Dokumente, die dem ZQ sämtlich vorliegen: Darstellung des Studiengangs entsprechend den o.g. Kriterien (Stand März 14); aktuelle Prüfungsordnung; aktuelles Modulhandbuch sowie Studienverlaufspläne und Diploma Supplement/Transcript of Records.

¹ Berücksichtigt werden ferner die *Maßgaben zur Auslegung der Ländergemeinsamen Strukturvorgaben* und der *Qualifikationsrahmen für deutsche Hochschulabschlüsse*.

Die Stellungnahme bezieht folgende Daten zum bisherigen B.A.-Konzept mit ein:

- Ergebnisse eines vom ZQ durchgeführten Evaluationsgesprächs (mit Studierenden (n=4), im Zuge der Revision (10.2.2010),
- Ergebnisse der vom Fach durchgeführten Studierendengespräche (Forum PoWi), 12.06.2013 (n=20, B.Ed. und B.A.),
- Gespräche mit den Studiengangverantwortlichen im Rahmen der Reakkreditierung (12.12.2013)²,
- Datenmonitoring JGU zu internen hochschulstatistischen Kennzahlen (Data Warehouse, Stand: Nov. 2013),
- Ergebnisse der Studieneingangsbefragung der Erstsemester des WS 2010/2011 (FB 02 gesamt (n= 371 (von 965 Studierenden des FB)); davon Politikwissenschaft n=54 (von 166),
- Ergebnisse der regelmäßigen Lehrveranstaltungsevaluationen des B.A. aus dem SoSe 2013 (VL: n=184; S: n= 281; Ü: n=106) sowie des Beifachs (VL: n=49; S: n= 34; Ü: n=39),
- Workloaderhebungen B.A. Politikwissenschaft, SoSe 2010,
- Rheinland-Pfalz-weite Absolventenbefragung (des Jahrgangs SoSe 2007 bis SoSe 2008³) (n=2),
- Studienabschlussbefragung (Absolventen/innen WS 2011/2012) (=> Keine Tn.),
- Ferner: ZQ-Stellungnahme zur ersten Akkreditierung vom Nov. 2007,
- eigene Absolventenstudien des Institutes für Politikwissenschaft

Zielebene: Ziele und Ausrichtung des Studiengangs

Studiengangprofil/Qualifikationsziele/Curriculum

Der sechssemestrige Kernfach-Beifach-Bachelorstudiengang (120 LP; 36 SWS in den Pflichtmodulen und 26 SWS in den Wahlpflichtmodulen (= 62 SWS)) zählt seit dem WS 2008/2009 zum Angebot des Fachbereichs 02 und wurde durch das ZQ erfolgreich akkreditiert⁴. Angeboten wird der Studiengang zum Winter- und zum Sommersemester (s. auch: Studienverlaufspläne).

Die seit der Erstakkreditierung verfolgten Zielsetzungen und Inhalte des Studienprogramms bestehen auch im aktualisierten Curriculum fort. Mit Blick auf die Weiterführung des Studiengangs wurden lediglich geringfügige und zumeist strukturelle Anpassungen vorgenommen, die sich systematisch aus den Ergebnissen der kontinuierlichen Qualitätssicherung ableiten (s. Antrag S. 1f.). Die Umsetzung in Maßnahmen erfolgte im Rahmen der Sitzungen des Leitungsgremiums/Reakkreditierungsausschusses der Politikwissenschaft unter Beteiligung sämtlicher Statusgruppen und auf Basis der unterschiedlichen Erhebungen.

Im Sinne einer Verbesserung der Studierbarkeit und Flexibilisierung des Curriculums handelt es sich um folgende strukturelle Maßnahmen:

- Anpassung einiger Lehrveranstaltungsformate (Übungen in Kleingruppen)
- Schaffung eines unbenoteten Praxismoduls (bestehend aus dem bisherigen Praktikum und dem Seminar „Berufsfeldqualifikation II“ (ehemals Aufbaumodul I). Auf diese Weise wird korrigiert, dass die Note des Aufbaumoduls I stärker gewichtet in den Studienabschluss eingeht als die Leistungen des Studienabschlusses (Bachelorarbeit und Bachelorprüfung).
- Aufhebung der Regelung, dass die Veranstaltungen innerhalb der Aufbaumodule II und III (je zwei Seminare und eine Vorlesung) aus je einem bestimmten Schwerpunktbereich gewählt werden müssen. Die Lehrveranstaltungen können jetzt aus mindestens zwei Schwerpunktbereichen (Politisches System der BRD, Analyse und Vergleich politischer Systeme, Internationale Beziehungen, Politische Theorie, Wirtschaft und Gesellschaft) frei kombiniert werden. Die insgesamt vier Seminare der Aufbaumodule II und III müssen sich allerdings auf mindestens zwei Schwerpunktbereiche beziehen und mit den Modulprüfungen müssen zwei verschiedene Schwerpunktbereiche abgedeckt werden. Dies erlaubt mehr Flexibilität für die Studierenden.
- Ferner ergeben sich zwei Verschiebungen von Lehrveranstaltungen und geringfügige Anpassungen am Prüfungsprocedere.
- Hinzu kommt, dass die Option „mündliche Prüfung“, die derzeit aus kapazitären Gründen nicht regulär angeboten werden konnte, aus dem Curriculum herausgenommen wird. Sie soll weiterhin für „Härtefälle“ zum Einsatz kommen.

Zudem trägt der Antrag auf Reakkreditierung den im Zuge der Erstakkreditierung genannten Empfehlungen sowie größtenteils auch den Einlassungen der Studierenden Rechnung. Auf diese Weise konnte in den vergangenen fünf Jahren über die Revision wie auch die Reakkreditierung eine deutlichere Praxisausrichtung, auch in der Methodenausbildung, sowie eine Entlastung hinsichtlich der Prüfungsformen sowie eine Flexibilisierung im Curriculum erzielt werden. Darüber hinaus konnte das Spektrum der Lehrveranstaltungen um bestimmte Felder inhaltlich erweitert werden (Themenfelder der Policy-

² In diesem Zusammenhang wurde neben allgemeinen Fragen zur Studienorganisation vor allem auch auf Befunde zum Studienaufbau sowie der Prüfungs- und Workloadbelastung rekurriert.

³ Dieses mit Unterstützung des MBWWK bundeslandweit implementierte Instrument befragt Absolventen/innen regelmäßig zwei Jahre nach Studienabschluss zu ihrem beruflichen Werdegang, der Bindung an die ehemalige Hochschule, Studienbedingungen und Kompetenzentwicklung im Studium. Mit Blick auf den B.A. Politikwissenschaft ist festzustellen, dass die Auswertungen aufgrund nur geringer Fallzahlen nicht aussagekräftig sind. Dies liegt an der vergleichsweise späten Umstellung auf Bachelor/Master an der JGU sowie an der meist hohen Übergangsquote in Masterstudiengänge.

⁴ s. Stellungnahme des ZQ; Nov. 2007.

Forschung, Mehrebenenpolitik und speziell die Politik der Europäischen Union), ein Sachverhalt, der aus Sicht der Qualitätssicherung auch vor dem Hintergrund entsprechender gutachterlicher Anregungen in der Erstakkreditierung (s. Gutachten Prof. Schmitt-Beck) zu begrüßen ist.

Einbindung des Studiums in Fachbereich, Hochschule und Region

Gemäß Antrag haben sich die universitätsinternen Kooperationen im Bereich der Lehre bewährt und konnten - in der Rolle des Lehrexportgebers - zudem ausgebaut werden. Es existieren keine Lehrimporte.

Die Zahl der Beteiligungen an nationalen und internationalen Forschungsnetzwerken, in die die einzelnen Mitglieder des Instituts eingebunden sind, ist in Folge der Neubesetzung mehrerer Professuren seit 2008 gestiegen (z.B. Mitgliedschaft im Präsidium der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung, External Fellowship des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung).

Zu den bereits bestehenden Mitgliedschaften, etwa der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), dem European Social Survey, dem European Consortium for Political Research (ECPR), der Extreme Right Electorates and Party Success Research Group und dem Tampere Club, treten weitere Kooperationen, etwa mit dem Comparative National Election Project (CNEP), dem Fellows Programme der British Election Study, der Political Studies Association und der American Political Science Association. 2013 war die JGU zudem Veranstaltungsort der ECPR Joint Sessions mit über 600 Teilnehmern/innen aus Europa, den USA, Südamerika und Australien.

An der Schnittstelle zwischen universitätsinterner und -externer Kooperation ist ferner das interdisziplinäre Graduiertenkolleg „Die christlichen Kirchen vor der Herausforderung „Europa“ (1890 bis zur Gegenwart)“ angesiedelt (DFG-Projekt der JGU und des Leibniz-Instituts für Europäische Geschichte Mainz).

Interkulturelle Kompetenzen und internationale Ausrichtung des Studiengangs

Die Möglichkeit, ein oder zwei Semester im Ausland zu studieren, wird durch Erasmus-Austauschvereinbarungen mit - entsprechend der Darlegung im Antrag - 23 Partneruniversitäten in Europa gewährleistet. Aus Sicht der Qualitätssicherung erscheint zudem begrüßenswert, dass das englischsprachige Lehrangebot insofern erweitert wurde, als in jedem Semester zwei englischsprachige Seminare in den Basismodulen („Comparative Politics“, „International Relations“) sowie mindestens drei Seminare in den Aufbaumodulen angeboten werden. Mindestens einmal pro Jahr findet ferner eine Vorlesung in englischer Sprache statt. Zudem wurde im Rahmen eines GLK-geförderten Projekts seit Wintersemester 2013/14 eine englischsprachige Lehrveranstaltung konzipiert, die sich an Austauschstudierende der Fachbereiche 02 und 07 richtet und laut Aussage der Fachvertreter/innen von den Studierenden begrüßt wird.

Die Prinzipien der Anrechnung von im Ausland erworbenen Leistungen folgen, wie dem Antrag zu entnehmen ist, der Lissabon-Konvention. Dementsprechend sind Leistungen anzuerkennen, wenn „keine wesentlichen Unterschiede“ hinsichtlich der erworbenen Qualifikationen⁵ zu Veranstaltungen in Mainz bestehen. Dabei gilt das Prinzip der Beweislastumkehr. Hinzu kommt, dass die Entscheidung über die Anerkennung innerhalb einer zuvor festgesetzten, angemessenen Frist zu erfolgen hat. Wird eine Leistung nicht anerkannt, sind den Antragstellern/innen Wege einer möglichen späteren Anerkennung aufzuzeigen.

➔ Die JGU wird in Kürze dafür Sorge tragen, dass diesen Aspekten bereits über die Musterprüfung Rechnung getragen wird.

In den Jahren 2009/10 bis 2012/13 waren in der Politikwissenschaft im Rahmen von Erasmus insgesamt 99 Outgoings und 58 Incomings zu verzeichnen. Positiv sind die Maßnahmen zur Unterstützung hervorzuheben: Incomings erhalten - so die Erläuterungen im Antrag - auf Wunsch Mainzer Studierende als Betreuer/in. Im Wintersemester 2013/14 wird ferner erstmals ein landeskundlich ausgerichtetes Seminar und ein Tutorium zur Einführung in das Wissenschaftliche Arbeiten im deutschen akademischen Kontext angeboten.

⁵ Abschnitt VI, Anerkennung von Hochschulqualifikationen, Artikel VI. 1.

Prozessebene: Ausgestaltung des Curriculums, Studienorganisation & -koordination (*Zugangsvoraussetzungen⁶, Leistungs-/Prüfungsanforderungen/-system⁷, Modularisierung, Leistungspunktesystem, studentische Arbeitsbelastung, Studienberatung*)

Anhand der qualitativen und quantitativen Daten aus den kontinuierlichen Qualitätssicherungsprozessen lassen sich die Studienanforderungen des B.A. Politikwissenschaft als zielführend und angemessen bezeichnen.

Hervorzuheben ist, dass der Studiengang formal, d.h. bezüglich der Vergabe von LP, der Modulstruktur, der exemplarischen Studienverlaufspläne, des Prüfungsprocedere, der Zulassungsvoraussetzungen und der Kalkulation des studentischen Workload, sämtlich den Bolognavorgaben sowie den Maßgaben der JGU entspricht.

Curriculum

Modularisierung

➔ Hinsichtlich des Modulhandbuchs werden Ergänzungen zu folgenden Formalia erbeten:

- Herausnahme der Gruppengrößen aus den Modulbeschreibungen; Ergänzung zu den Gruppengrößen (gemäß aktueller Curriculurnormwertsatzung) als Anhang (einmalig) im Modulhandbuch. s. „Erläuterungen“ in der Modulschablone unter: <http://www.uni-mainz.de/studlehr/1694.php>.
- Rückmeldung zu den Modulen: Welche Formen der aktiven Teilnahme kommen i.d.R. pro Lehrveranstaltung zum Einsatz (Art und Dauer der Lehr-/Lernform/Prüfungsform)?

Prüfungen

Das Prüfungsprocedere hat sich gegenüber dem bisherigen Programm kaum geändert, wurde jedoch strukturell optimiert und flexibilisiert. Klausuren und Hausarbeiten halten sich die Waage und ermöglichen auf diesem Wege den Erwerb unterschiedlicher Kompetenzen. Ein Modul, das Praxismodul, integriert einen unbenoteten Bericht. Bezüglich der unterschiedlichen Elemente der aktiven Teilnahme, wie den Referaten in Seminaren, die in der Vergangenheit von den Studierenden als etwas monoton wahrgenommen wurden, berichtet das Fach von unterschiedlichen internen Initiativen, dieses Element zu optimieren. Die ehemaligen Teilprüfungen sind sämtlich entfallen.

Bezüglich der Klausuren in den Basismodulen wenden die im Rahmen des Politikforums befragten Studierenden ein, dass diese häufig auf dem Multiple-Choice-Verfahren basieren und damit primär auf Faktenwissen abzielen. Angeregt werden daher mehr offene Fragen und ein ausgewogenes Verhältnis von Reproduktions- und Transferfragen.

➔ Es wird eine Rückmeldung erbeten, auf welche Weise bei der Gestaltung der Klausuren einer größeren Nachhaltigkeit (offene Fragen, ausgewogenes Verhältnis von Reproduktions- und Transferfragen) Rechnung getragen werden kann (s. entsprechende Einlassungen der Studierenden, Protokoll PoWi-Forum).

Auch die Möglichkeit der Integration mindestens einer (jedoch auch regelhaft durchführbaren) mündlichen Prüfung (s. auch Empfehlung des GLK) wurde mit dem Fach diskutiert, gestaltet sich aber auf Ebene eines der Basismodule insofern schwierig, als sie sich für keines dieser Module in besonderer Form zu eignen scheint; als rein pauschale Option in sämtlichen Basismodulen würde wiederum eine Prüfungsstruktur suggeriert, welche real selten zum Einsatz käme. Auf Ebene der Aufbau-module (aktuell: je eine Hausarbeit) erscheint es ebenfalls weniger geeignet, regelhaft auf eine der Hausarbeiten zu verzichten (-> Erwerb von relevanten Schreibkompetenzen vor der Bachelorarbeit).

Als Lehrveranstaltungsformen setzt der Studiengang weiterhin auf Vorlesungen, Übungen und Seminare und hat neuerdings gezielt einige Übungen durch effizientere Kleingruppen ersetzt.

Gemäß Antrag vermittelt das Curriculum innerhalb der Lehrveranstaltungen auch über Fachkompetenzen hinausgehende Fähigkeiten und Fertigkeiten (s. Antrag S. 12ff.) und schult daher, wie seitens des Akkreditierungsrates gefordert, sowohl die Persönlichkeitsentwicklung sowie die Befähigung zum gesellschaftlichen Engagement (s. Antrag S. 11).

Geschlechtergerechtigkeit/Chancengleichheit von Studierenden in besonderen Lebenslagen

Die im Antrag dargelegten Regelungen zum Umgang mit Diversität im Bereich Studium und Lehre sind hinreichend und erstrecken sich über unterschiedliche Angebote (s. Antrag S. 30; S. 34):

- Angebot zur Beratung ausländischer Studierender sowie Studierender aus sog. bildungsfernen Schichten, Beratung von Studierenden mit Beeinträchtigungen.

Die Verteilung der Geschlechter im Studiengang ist gemäß Datenlage zudem als weitgehend ausgeglichen zu bewerten.

⁶ Inklusive Auswahlverfahren.

⁷ Inklusive der Anrechnungsmodalitäten für extern erbrachte Leistungen.

Beratungs- und Betreuungskonzept

Im Antrag werden die zahlreichen Beratungsangebote der verschiedenen Studienphasen ausführlich dargelegt. Das Fach hält drei verschiedene Beratungsformate vor, nämlich Sprechstunden, telefonische und Mailberatung. Drei Lehrende bieten zu vier verschiedenen Zeiten Sprechstunden im Rahmen der Fachstudienberatung für die Studiengänge B.A. Politikwissenschaft und B.Ed. Sozialkunde im Umfang von insgesamt acht Stunden wöchentlich an. Darüber hinaus ist auf Anfrage die Vereinbarung eines individuellen Beratungstermins möglich, wie auch das Studienbüro regelmäßige Sprechzeiten anbietet. Zudem stehen weitere Ansprechpartner/innen für besondere Anliegen zur Verfügung, zum Beispiel ein Vertrauensdozent für ausländische Studierende, Studierende mit Kindern und Studierende mit Beeinträchtigungen, Ansprechpartner/innen für die bilinguale Zusatzausbildung im Lehramt, eine Ansprechpartnerin für die Anerkennung von im Ausland erbrachten Studienleistungen etc. Eine Übersicht über diese Zuständigkeiten s.u. <http://politik.uni-mainz.de/studium/studienburo-und-studienberatung/>).

Formalia

In diesem Zusammenhang seien ferner einige Formalia genannt, die im Rahmen der Reakkreditierung noch auszugestalten bzw. vorzulegen sind:

- Es ist eine englischsprachige Version des Diploma Supplements einzureichen.
- Darüber hinaus ist eine knappe schriftliche Zustimmung des/der jeweiligen Dekans/Dekanin zur Weiterführung des betreffenden Programms zu erbitten (diese sollte in Form einer Bestätigung über die Bereitstellung der für die nächste Akkreditierungsperiode notwendigen sächlichen und personellen Mittel erfolgen).

Ergebnisebene:

Studienbegleitende Qualitätssicherung

Angaben zum Studienerfolg

Die Studierendenzahlen (Studienanfänger/innen im 1. Fachsemester) der letzten Jahre umfassen im B.A.-Programm gemäß Data Warehouse⁸ vom Studienjahr (d.h. SoSe und darauf folgendes WS) von 2008-2013 Kohorten folgender Größenordnung im Kernfach: 148, 97, 168, 135, 175, 82. Über die Laufzeit des Studienprogramms bis zum aktuellen Zeitpunkt beträgt der Anteil männlicher Studierender 59% und bei den weiblichen – entsprechend geringer – 41% (s. Durchschnittswert Tabelle 2.4, Monitoring JGU). Insgesamt waren zwischen 2011-2013 140 Absolventen/innen (Tab. 3.1) zu verzeichnen, davon 69 im Kernfach. Diese gehen seit SoSe 2011 - WS 2012/2013 mit einer Übergangsquote von 47% (n=19), 5% (n=37), 42% (n=52) und 47% (n=32) in einen Master an der JGU über.

Die Betreuungsrelation stellt sich bspw. im Jahr 2009 (letzter Erhebungszeitpunkt) mit der Betreuung von 40 Studierenden pro Vertreter/innen des Wissenschaftlichen Personals und 135 Studierenden pro professoralem Personal etwas ungünstiger dar als im FB 02 insgesamt (dort: 32 Studierende pro Vertreter/innen des Wissenschaftlichen Personals und 109 Studierende pro professoralem Personal; s. z.B. hochschulstatistische Kennzahlen Tab. 5.1).

Der Anteil der über Lehraufträge angebotenen Lehre am gesamten Lehrangebot des Instituts für Politikwissenschaft lag im zurückliegenden Studienjahr bei 4,5 % (s. Antrag S. 21).

Bezüglich der Einhaltung der Regelstudienzeit lassen sich aufgrund der bislang geringen Laufzeit des Studiengangs auf statistischer Basis noch keine Aussagen treffen (s. Tab. 4.1.1 der Kennzahlen)⁹. Aus der derzeitigen Sachlage ergeben sich keinerlei Hinweise auf Handlungsbedarf.

Personalqualifizierung

Positiv hervorzuheben ist, dass im Antrag (S. 23) ferner zahlreiche interne und externe Maßnahmen zur Personalqualifizierung und -entwicklung (z.B. hochschuldidaktische Schulungen) genannt werden.

Berufsfeldbezug

Hervorzuheben ist, dass gemäß Antrag der Berufsfeldbezug des Studiengangs durch Maßnahmen gestärkt wurde: Im Modul 10 „Praxisbezug“ soll im Seminar künftig ein möglichst praxisnaher Einblick in potenzielle Berufsfelder gegeben werden;

⁸ s. Datenmonitoring, Tab. 1.2.1, ZQ.

⁹ Seit WS 2011/2012 – WS 2012/2013 vollenden die jeweils zu diesen Semestern eingeschriebenen Studierenden zu 86%, 84%, 82% und 77% ihr Studium innerhalb der Regelstudienzeit.

hierzu wurden „Praktiker“ aus verschiedenen Berufsfeldern rekrutiert, die regelmäßig Übungen mit Bezug zum politikwissenschaftlichen Studium (beispielsweise zum Politischen Print-Journalismus, zum Fernsehjournalismus, zu Theorie und Praxis der Markt- und Meinungsforschung, zur Berufspraxis in der Entwicklungspolitik oder im Diplomatischen Dienst) anbieten. Eine weitere Vorbereitung auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes stellt nach Einschätzung der Fachvertreter/innen auch die im Aufbaumodul I vorgesehene Lehrveranstaltung „Fachspezifische Anwendung von Forschungsmethoden“ dar (Methoden der empirischen Politik- und Sozialforschung als Vorbereitung für den Bereich der Markt- und Meinungsforschung).

Ferner werden Veranstaltungsreihen angeboten, die den Studierenden Wissen über konkrete Tätigkeitsfelder und Berufsbiographien von Absolventen/innen der Politikwissenschaft vermitteln. Im Rahmen des Jean-Monnet-Lehrstuhls (Prof. Dr. Arne Niemann) werden bspw. Berufsfelder mit Europabezug vorgestellt. Zudem sind in diesem Kontext die „Freunde der Mainzer Politikwissenschaft“ mit ihren Alumniarbeiten zu nennen (Mentoringprogramm und regelmäßige Veranstaltungen im Rahmen der Diskussionsreihe „Mit Politikwissenschaft in den Beruf“)¹⁰. Darüber hinaus organisiert die Fachschaft Politikwissenschaft jährlich eine interdisziplinär angelegte Ringvorlesung als zusätzliches Lehrangebot, in der ein aktuelles Thema (z.B. „Globale Herausforderungen“ oder die „Bundestagswahl 2013“) aus einer interdisziplinären und explizit praxisorientierten Perspektive behandelt wird.

Nach Einschätzung des Faches zeigen Absolventenstudien anderer Universitäten, dass viele Bachelorabsolventen/innen retrospektiv Nachholbedarf bei der Berufsvorbereitung sehen. Die Erfahrungen der Fachvertreter/innen sowie zwei in den letzten Jahren fachseitig durchgeführten Absolventenstudien zeigen, dass ein verhältnismäßig großer Teil der Bachelorabsolventen/innen berufliche Tätigkeiten über den engeren Bereich der Politikwissenschaft hinaus ausübt, so dass die erworbenen überfachlichen Kompetenzen eine zentrale Bedeutung besitzen. Ein hoher Anteil der Absolventen/innen arbeitet - so ein weiteres Ergebnis - im Bereich der Medien sowie zunehmend auch in der Privatwirtschaft.

Strukturebene:

Personelle und sächliche Rahmenbedingungen

Nach Aussage der Institutsangehörigen ist die personelle Ausstattung wie auch die Grundzuweisung als nicht ideal einzuschätzen. In diesem Zusammenhang wird u.a. auf die Betreuungsrelation der professoralen Vertreter/innen in Relation zur Studierendenzahl hingewiesen sowie auf die zeitliche Befristung (Hochschulpaktmittel) von zwei der insgesamt sieben Professorenstellen.

- ➔ Die Frage der Kontinuität der Methodenausbildung (ab dem Jahr 2022 wird sich diese - so die Ausführung im Antrag - durch den Wegfall der akademischen Ratsstelle hinsichtlich der SWS deutlich verringern) wird im Zuge der nächsten Reakkreditierung im Blick zu behalten zu sein.
- ➔ Es wird eine Kommentierung erbeten, ob die jüngst bewilligte W1-Stelle im Bereich der Fachdidaktik das fachdidaktische Angebot hinreichend gewährleistet.

Mit Blick auf die Curricularwertbestimmung ist auf die aktuelle Berechnung der Stabsstelle Planung und Controlling zu verweisen.

¹⁰ Genauere Informationen zu dieser Diskussionsreihe unter <http://fmpw.de/aktivitaeten/vortrags-und-diskussionsreihe-politikwissenschaftler-im-beruf-berufschancen-fur-politikwissenschaftler/>

Synopse

Das Zentrum für Qualitätssicherung und -entwicklung (ZQ) empfiehlt die Weiterführung des B.A.-Studiengangs Politikwissenschaft.

Um im Rahmen des Verfahrens der Reakkreditierung eine abschließende Bewertung vornehmen zu können, sind bis zum 16. Juni 2014 zunächst Ergänzungen zu folgenden Sachverhalten nachzureichen:

1. Prüfungen:

- a) Rückmeldung, auf welche Weise bei der Gestaltung der Klausuren einer von den Studierenden gewünschten größeren Nachhaltigkeit (offene Fragen, ausgewogenes Verhältnis von Reproduktions- und Transferfragen) Rechnung getragen werden kann

2. Modularisierung:

- a) Herausnahme der Gruppengrößen aus den Modulbeschreibungen; stattdessen: Ergänzung zu den Gruppengrößen (gemäß aktueller Curricularnormwertsatzung) als Anhang (einmalig) im Modulhandbuch. s. „Erläuterungen“ in der Modulschablone unter: <http://www.uni-mainz.de/studlehr/1694.php>.
- b) Übersicht für das ZQ zu den Modulen: Welche Formen der „aktiven Teilnahme“ kommen i.d.R. pro Lehrveranstaltung zum Einsatz (Art und Dauer der Lehr-/Lern-/Prüfungsform; gerne als Liste/Tabelle)?

3. Formalia/Kooperationen:

- a) Schriftliche Zustimmung des/der jeweiligen Dekans/Dekanin zur Weiterführung des betreffenden Programms (in Form einer Bestätigung über die Bereitstellung der für die nächste Akkreditierungsperiode notwendigen sächlichen und personellen Mittel)
- b) Nachreichung einer englischsprachigen Version des Diploma Supplements

4. Internationalisierung:

- a) Hinweis: Die Abteilung Studium und Lehre wird dafür Sorge tragen, dass der Manteltext der Prüfungsordnung künftig noch an die Maßgaben der Lissabon-Konvention angepasst wird

Im Hinblick auf die erneute Reakkreditierung des Studiengangs in sieben Jahren werden neben den obligatorischen Fragestellungen insbesondere die folgenden Aspekte berücksichtigt, weshalb empfohlen wird, bis zu diesem Zeitpunkt entsprechende Angaben bereitzuhalten:

1. Ressourcen:

- a) Die Frage der Kontinuität der Methodenausbildung (ab dem Jahr 2022 wird sich diese - so die Ausführung im Antrag - durch den Wegfall der akademischen Ratsstelle hinsichtlich der SWS in diesem Bereich deutlich verringern) wird im Zuge der nächsten Reakkreditierung im Blick zu behalten zu sein